

*"Die Marktwirtschaft kennt keine politischen Grenzen.
Ihr Feld ist die Welt."*

- Ludwig von Mises



Positionspapier "Zuwanderung", up!schweiz

Für ein Zuwanderungssystem aus einem Guss

1. Einleitung

Vollständig freier Personenverkehr löst viele Probleme der Weltbevölkerung: Die alternden und schrumpfenden Gesellschaften des Westens sind je länger je mehr auf Zuwanderung angewiesen: Seit den 1970er Jahren sind 1.2 Millionen Kinder zu wenig geboren worden, die für den Beibehalt des Generationenverhältnisses nötig gewesen wären¹. Dies ist eine bedenkliche Entwicklung angesichts des prognostizierbaren Anstiegs des Personalbedarfs in verschiedenen Zweigen der Wirtschaft, insbesondere den Pflegeberufen. Gleichzeitig stellt für Menschen aus ärmeren Gegenden der Welt die Emigration wohl die einzigartige Chance dar, ihre Lebensbedingungen schlagartig zu verbessern. Insbesondere ist auch die Schweizer Wirtschaft auf hochqualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen, während umgekehrt auch Schweizerinnen und Schweizer Berufs- und Studienerfahrungen im Ausland sammeln wollen.

Das wirtschaftliche Potenzial, das durch vollständiges Öffnen der Grenzen erschlossen würde, wird auf bis zu 150 Prozent des globalen BIP geschätzt². Während des 19. Jahrhunderts bestand bereits einmal freier Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt. Die Immigration gab in dieser Zeit wichtige Impulse für die Entwicklung der Schweizer Wirtschaft und führte keineswegs zu Wohlstandsverlust, im Gegenteil: In dieser Periode verdoppelte sich das Realeinkommen pro Kopf³.

¹ Familien in der Schweiz - Statistischer Bericht 2008, Bundesamt für Statistik, <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/publikationen.html?publicationID=3410>

² Economics and Emigration: Trillion-Dollar Bills on the Sidewalk?, Michael Clemens, Center for Global Development, Harvard University, <http://pubs.aeaweb.org/doi/pdfplus/10.1257/jep.25.3.83>

³ When Did the Swiss Get so Rich?, Roman Studer, London School of Economics, <http://www.lse.ac.uk/economicHistory/pdf/studer/whendidtheswissgetrich.pdf>

2. Standortbestimmung

Sozialstaat, Einwanderung und Personenfreizügigkeit

Da sich die Umverteilungssysteme der Immigrationsländer aber schlecht mit freier Zuwanderung zusammengerhen, ist die Zuwanderung zurzeit der politischen Steuerung unterworfen, was viele negative Konsequenzen nach sich zieht. Sozialstaat und freie Zuwanderung vertragen sich schlecht. Mit der Personenfreizügigkeit besteht eigentlich ein System, das beides vereinbaren wollte: Als Kriterium für die Immigration ist eine Arbeitsbewilligung vonnöten, womit die direkte Einwanderung in den Sozialstaat grundsätzlich ausgeschlossen wird. In der Praxis taten sich jedoch Schlupflöcher auf, die Zuwanderern ermöglichten, vom Schweizer Sozialstaat zu profitieren.

Zusätzlich beschränkte sich die Personenfreizügigkeit auf EU-Staaten im Rahmen der Bilateralen Verträge. Das hatte zwar den Vorteil, dass die Personenfreizügigkeit auf Gegenseitigkeit beruht, stellte allerdings einen Knackpunkt in den Verhandlungen mit der EU dar. Zudem unterlag die Ausgestaltung der Personenfreizügigkeit dem Ermessen der EU, weswegen die liberalen Elemente des Modells nicht unbedingt von Dauer sind. Dies gefährdet die politische Unabhängigkeit der Schweiz. Es war wohl nicht zuletzt diese Überlegung, die das Schweizer Stimmvolk bewog, sich mit seinem Votum vom 9. Februar 2014 von der Personenfreizügigkeit abzuwenden.

Kontingentsystem als staatliche Fehlsteuerung

Aufgrund der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative Anfang 2014 wird sich die Schweiz vom System der Personenfreizügigkeit abwenden und zu Zuwanderungskontingenten zurückkehren, die heute bereits für Zuwanderern aus Drittstaaten in Anwendung sind. Die Steuerung dieser Zuwanderung unterliegt dem planwirtschaftlichen Ermessen der Bürokratie, die sich nach politisch beschlossenen Kontingenten richtet. Solche planwirtschaftlichen Methoden können dem vielgestaltigen Bedarf eines dynamischen Arbeitsmarkts aber niemals genügend Rechnung tragen. Die künstliche Verkleinerung des Einwanderungsvolumens schafft auch einen Ellbogenkampf zwischen verschiedenen wirtschaftlichen Playern, die auf zuwandernde Arbeitskräfte angewiesen sind. Auf ihre Kosten kommen in einem solchen System aber stets die organisierten Interessen mit den besten Kontakten zur Politik und dem Geld für den Umgang mit der Bürokratie: Grosse Unternehmen, Wirtschaftsverbände und die Verwaltung selbst. Kleine und mittelgrosse Unternehmen sowie niedrigproduktive Wirtschaftszweige (Landwirtschaft, usw.) stehen in einem System staatlicher Steuerung als Verlierer da.

Asylwesen als Symptom der Unhaltbarkeit

Der Versuch der Politik, die Einwanderung in die Schweiz zu steuern und über staatliche Kanäle zu regeln, entpuppt sich denn auch als Selbstüberschätzung, welche an der dynamischen Realität scheitert. Dies zeigt sich besonders im Schweizer Asylwesen. Jährlich gelangen bis zu 30'000 Personen in die Schweiz, um Asyl zu ersuchen. Ob die Asylbewerber dann auch Asyl erhalten, wird während eines durchschnittlich acht Monate dauernden Prozesses geprüft. Während dieser Zeit wird den Asylbewerbern im Allgemein nur der Aufenthalt im Asylheim gestattet und der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt. Zum Schluss erhalten nur 10 Prozent der Gesuchsteller Anrecht auf Asyl. Die Kosten von über einer Milliarde belegen die Ineffizienz dieses sinnlosen Systems. Zudem führt die mangelnde Akzeptanz des Asylwesens in der Bevölkerung dazu, dass die Bereitschaft der Politik, die nötige Infrastruktur auszufinanzieren, sehr gering ist, was die Problematik noch verschärft.

Fazit

Die dreigliedrige Schweizer Immigrationspolitik (Personenfreizügigkeit, Kontingentsystem, Asylwesen) leidet daher an chronischer Ineffizienz, willkürlicher Diskriminierung und zu enger institutioneller Bindung an die EU. Hinter all dem steht zudem die unfreiheitliche Vorstellung, der Staat dürfe entscheiden, wer auf einem Gebiet zu leben habe und in welchem Ausmass Menschen verschiedener Herkunft zusammenarbeiten dürfen.

3. Liberale Alternativen

Ein Zuwanderungssystem aus einem Guss

Anders als oft behauptet fordert die Existenz des Sozialstaats jedoch kein solches System. Viel zeitgemässer als staatlicher Plan und Diskriminierung wäre ein liberales Zuwanderungssystem aus einem Guss, das die Einwanderung in den Sozialstaat kategorisch ausschliesst, jedoch Zuwanderern aus der ganzen Welt den Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt ermöglicht. Möglich wäre hier der zeitlich beschränkte oder sogar unbeschränkte Ausschluss der Immigranten von sozialstaatlichen Abgaben und Leistungen. Eine andere Möglichkeit wäre ein DRITI-System (Don't Restrict Immigration, Tax It), bei dem Einwanderungswillige eine Gebühr bezahlen müssen, aus der eventuell später erfolgende Sozialstaatsleistungen finanziert werden.

Reform des Asylwesens: Privatinitiative statt Anhängsel des Sozialstaats

Das staatliche Asylwesen wird so überflüssig. Das Arbeitsverbot für Flüchtlinge kann aufgehoben werden (wie heute schon in Liechtenstein praktiziert), Flüchtlingsheime können anschliessend von privaten Wohltätigkeitsorganisationen betrieben werden. Bereits heute werden Asylheime teilweise schon von privaten Betreibergesellschaften gemanagt (wenn auch mit staatlichem Leistungsauftrag). In einer Übergangsphase könnte die Zuwanderungsberechtigung auch daran geknüpft werden, dass sich die philanthropischen Institutionen verpflichten müssen, im Notfall für den Zugewanderten aufzukommen. Die Mittel für das Asylwesen wären so auch dem chaotischen politischen Prozess entzogen und kämen direkt den wohltätigen Organisationen vor Ort zugute. Der Steuerzahler wird nicht mehr gezwungen, das Asylsystem zu finanzieren, was sich positiv auf die Akzeptanz des Asylwesens und das Ansehen der Asylbewerber auswirkt. Die privaten Organisationen wären auch daran interessiert, dass die von ihnen gestützten Einwanderer möglichst schnell auf eigenen Beinen stehen könnten. Die heutige Politik, die darauf abzielt, die Asylbewerber von der Gesellschaft fernzuhalten und Integration möglichst zu verhindern, würde so in ihr Gegenteil verkehrt. Erst die Entpolitisierung des Asylwesens ermöglicht die Rückkehr zur humanitären Tradition.